

Zusammen gegen die Brutalität des europäischen Grenzregimes

Statement von borderline-europe, 16.01.2020



Schläge, Hundebisse, Demütigungen, Diebstahl, der Einsatz von Tasern und Schusswaffen, systematisch durchgeführt von der kroatischen Polizei. Vollständige Missachtung der Menschenrechte im Auftrag des Schutzes der Europäischen Außengrenzen – zur vermeintlichen Wahrung der Sicherheit von EU-Bürger*innen.

Illegale Rückschiebungen Asylsuchender, „Push-Backs“, sind gängige Praxis geworden, ob im zentralen Mittelmeer oder an der Landesgrenze zwischen Griechenland und der Türkei. Die kroatische Polizei hat durch die Brutalität mit der sie Menschen illegal nach Bosnien & Herzegowina und Serbien zurückschiebt eine traurige Berühmtheit erlangt. Nicht genug, dass die Asylgesuche Geflüchteter in vielen Fällen ignoriert werden. Berichte von Organisationen, wie [Amnesty International](#) und [Ärzte ohne Grenzen](#), sowie die Dokumentation der Erlebnisse der Betroffenen zeigen, die Polizeigewalt hat System. So handelt es sich mitnichten um Einzelfälle, vielmehr wird gezielt Gewalt angewandt, um Menschen einzuschüchtern und abzuschrecken.

Interviews mit Betroffenen, sowie Fotomaterial dokumentieren eindringlich die Menschenverachtung und Brutalität mit denen Geflüchtete gequält und dann auf dem Fußweg, teilweise ohne Schuhe, zurück über die Grenze geschickt werden – die Zerstörung der Mobiltelefone der Geflüchteten ist Teil der Routine. Der gestern veröffentlichte Bericht des [Border Violence Monitoring Networks](#) stuft die Methoden der kroatischen Polizei als Folter ein. Kroatiens Regierung hat dieses Vorgehen, trotz sich verdichtender Beweise lange geleugnet, zuletzt rechtfertigte die ehemalige Präsidentin Kolinda Grabar-Kitarović Gewaltanwendungen gegen Geflüchtete hingegen sogar: „natürlich ist ein bisschen Gewalt nötig, wenn sie (die Polizei) Push-Backs durchführen“.

Der Rest der europäischen Staatengemeinschaft schweigt, einvernehmlich. Kroatien als jüngster Mitgliedsstaat muss sich beweisen, um dem Schengen Raum beitreten zu können, ein Schritt der wirtschaftliche Aufschwung verspricht. Grenzschutz und Sicherheit stehen daher auch auf der Agenda für die sechsmonatige EU Ratspräsidentschaft, die Kroatien seit Anfang diesen Jahres innehat. Dies wird auch Thema des heutigen Treffens zwischen Kanzlerin Merkel und dem kroatischen Ministerpräsidenten Plenković im Bundeskanzleramt werden. Wir hegen keinerlei Hoffnung, dass die Kanzlerin ein Ende der Gewalt und Rechtsverletzungen fordern wird oder gar, wie [Human Rights Watch \(HRW\)](#) kürzlich forderte, der Beitritt zum Schengen Abkommen an die Wahrung internationaler Menschenrechte gekoppelt werden könnte. Zu sehr ist die deutsche und europäische Abschottungspolitik von fragwürdigen Abkommen wie dem EU-Türkei Deal, mit der sogenannten „libyschen Küstenwache“ und eben der Brutalität der kroatischen Beamt*innen abhängig, die an den Außengrenzen die „Drecksarbeit“ erledigen.

Stattdessen fordern wir einen Aufschrei derer, die sich nicht mit Gewalt und Tod abfinden können und wollen. Wir fordern Protest, Mut und Zusammenhalt gegen das drakonische europäische Grenzregime und das Kalkül der Regierenden, die die Verantwortung tragen für das unbeschreibliche Elend geflüchteter Menschen - sei es in den Gefangenenlagern in Libyen, auf den griechischen Inseln oder an der kroatischen Grenze.

